

# Positionspapier von Munich Re IMD2

Stand: 05.09.2012

Munich Re verfolgt im Rahmen der Evaluierung der Richtlinie über Versicherungsvermittlung („IMD2“) die folgenden Kernanliegen:

1. **Als Rückversicherungsvermittlung** soll die **Vermittlung von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen** gelten.
2. **Explizite Ausnahme** von **Rückversicherungsunternehmen und ihren Angestellten** von einer **Eintragungspflicht**.
3. Es sollte nicht in die bestehenden **Vergütungssysteme** eingegriffen werden. Die Möglichkeit der Vergütung des Maklers durch das Versicherungsunternehmen sollte beibehalten werden.
4. Eine **Offenlegungspflicht** hinsichtlich der konkreten **Vergütung** in der Lebensversicherung wird ebenso abgelehnt wie eine Ausweitung der Offenlegungspflichten auf den Bereich der Schadens- und Unfallversicherung.
5. Den **Besonderheiten** im Bereich **des sog. Annexvertriebes** durch nebenberufliche Vermittler (insbesondere Reisebüros) sollte angemessen Rechnung getragen werden.
6. Eine Ausweitung des Anwendungsbereiches auf den **Direktvertrieb** darf nicht dazu führen, dass der Abschluss von Versicherungsverträgen im Fernabsatz erschwert oder unmöglich wird.
7. Die in dem Richtlinienentwurf vorhandenen zahlreichen Ermächtigungsgrundlagen für **delegierte Rechtsakte** sind abzulehnen und sollten durch klare Vorgaben in der Richtlinie ersetzt werden.

Hierzu im Einzelnen:

## 1. Vermittlung von Versicherungsgeschäft durch Rückversicherungsunternehmen

Bei der Definition zu Rückversicherungsvermittlung in Art. 2 Abs. 6 IMD2-E sollte klargestellt werden, dass hierunter auch die Vermittlung von Versicherungsverträgen durch ein Rückversicherungsunternehmen fällt. Durch diese Ergänzung wird das vermittelnde Geschäft von Rückversicherungsunternehmen aufsichtsrechtlich abgesichert. Da die IMD 2 gleichzeitig strikt zwischen der Erstversicherungsvermittlung einerseits und Rückversicherungsvermittlung andererseits differenziert, besteht andernfalls die Gefahr, dass die „Überkreuzvermittlung“ durch Rückversicherungsunternehmen aufsichtsrechtlich als nicht mehr zulässig erachtet wird. Damit könnte eine geschäftliche Aktivität in Frage gestellt werden, die seit langer

Zeit branchenüblich, von der Zulassung der Rückversicherungsunternehmen nach der Rückversicherungsrichtlinie 2005/68/EG umfasst ist und in § 7 Abs. 3 des deutschen Versicherungsaufsichtsgesetzes (ebenso in § 16 Abs. 3 der VAG-Novelle) – als mit der Rückversicherung verbundenes Geschäft – aufsichtsrechtliche Anerkennung gefunden hat.

## 2. Explizite Ausnahme von Rückversicherungsunternehmen und ihren Angestellten von einer Eintragungspflicht

Es ist in Art. 3 Abs.1 IMD2 positiv geregelt, dass Erstversicherungsunternehmen und ihre Angestellten sich im Rahmen dieser Richtlinie hinsichtlich ihrer Vermittlungstätigkeiten nicht nochmals eintragen lassen müssen. Eine dementsprechende Ausnahme für Rückversicherungsunternehmen und ihre Angestellten ist – offenbar versehentlich – nicht in den Richtlinienentwurf aufgenommen worden. Dies hätte zur Konsequenz, dass Rückversicherungsunternehmen für die Rückversicherungsvermittlung einer zusätzlichen Eintragung bedürfen könnten. Dies ist sicherlich nicht gewollt.

## 3. Beibehaltung der Vergütungssysteme

Die in den europäischen Märkten vorhandenen Vergütungssysteme sollten aufrecht erhalten bleiben. In Deutschland hat es sich bewährt, dass Versicherungsmakler auf Provisionsbasis Versicherungsprodukte vermitteln dürfen. Daher wird ein generelles Verbot der Provisionsannahme im Falle einer unabhängigen Beratung, wie es Art. 24 Abs. 5 IMD2-E vorsieht, abgelehnt. Ein solches Verbot würde zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Lediglich bei einer reinen Honorarberatung auf unabhängiger Basis ohne Vermittlung sollte das Verbot der Vergütung durch den Versicherer oder durch sonstige Dritte bestehen.

## 4. Keine Offenlegung der konkreten Vergütung in der Lebensversicherung/ keine Offenlegung der Vergütung in der Schadens- und Unfallversicherung

Eine Offenlegungspflicht hinsichtlich der konkreten an den Vermittler gezahlten Vergütung, wie sie Art. 17 des Richtlinienentwurfs vorsieht, wird abgelehnt. Stattdessen sollten im Bereich der Lebensversicherung eine Offenlegung der in die Prämie einkalkulierten Abschluss- und Vertriebskosten erfolgen. Eine Offenlegung der konkreten Vergütung ist häufig nicht darstellbar, da der Vermittler oft nicht in der Lage ist, seine konkrete Vergütung anzugeben. Auch besteht jedenfalls bei gebundenen Vermittlern kein Interesse des Kunden an einem Ausweis der konkreten Vergütung. Für ihn von Interesse ist vielmehr der Ausweis der kalkulierten Abschluss- und Vertriebskosten, da nur diese ihm einen aussagekräftigen Produktvergleich ermöglichen.

Im Bereich der Schadens- und Unfallversicherung ist eine Offenlegungspflicht hinsichtlich der Vergütung nicht erforderlich und daher abzulehnen. In diesem Bereich steht für den Kunden ausschließlich das Verhältnis zwischen der zu zahlenden Prämie und der Leistung im Vordergrund.

## 5. Angemessene Berücksichtigung der Besonderheiten des sog. Annexvertriebes durch nebenberufliche Vermittler

Der Vorschlag der Versicherungsvermittlungsrichtlinie sieht vor, dass die bestehende Ausnahme für nebenberufliche Vermittler gestrichen wird. Damit sollen etwa von Reisebüros vertriebene Reiseversicherungen oder von Autovermietungsfirmen vermittelte Sachversicherungen zukünftig ebenfalls unter die Richtlinie fallen. Hierbei ist der Proportionalitätsgrund-

satz angemessen zu berücksichtigen. Die Regelungen in Art. 8 IMD2-E zu den beruflichen und organisatorischen Anforderungen sollten daher für nebenberufliche Vermittler im sog. Annexvertrieb nur eingeschränkt zur Anwendung kommen. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Anforderungen an das Qualifikationsniveau als auch hinsichtlich der Regelungen zur Berufshaftpflichtversicherung und zur Zahlungssicherung. Soweit es Versicherungsunternehmen übernehmen, den guten Leumund des nebenberuflichen Vermittlers zu überprüfen, sollten auch hier die administrativen Kosten und das bestehende Verbraucherschutzinteresse in einem angemessenen Verhältnis stehen. Für nebenberufliche Vermittler, mit denen bereits länger zusammengearbeitet wird, sollte eine Übergangsregelung aufgenommen werden.

## 6. Keine Behinderung des Direktvertriebes

Die Einbeziehung des Direktvertriebes in den Geltungsbereich der Vermittlerrichtlinie darf nicht dazu führen, dass der Direktvertrieb im Wege des Fernabsatzes behindert oder erschwert wird. Daher sollte für den Direktvertrieb im Wege des Fernabsatzes eine Ausnahme von den Beratungs- und Dokumentationspflichten vorgesehen werden. Im Fernabsatz ist eine Beratung in aller Regel weder vom Kunden gewollt noch praktisch durchführbar. Der Versicherer verfügt beim zahlenmäßig ganz überwiegenden Neukundenmarketing über keinerlei Kundendaten (noch nicht einmal Kundennamen und -adressen), die ihm eine Beratung ermöglichen würden. Es erfolgt eine personalisierte Werbung im Wege des Lettershop-Verfahrens, bei dem der Versicherer regelmäßig erst dann Kenntnis von den Kundenadress- und Vertragsdaten erlangt, wenn die Kunden – z. B. per Mailing oder über Internet – ihren verbindlichen Versicherungsantrag stellen. Im Übrigen wird im Neukundenmarketing vielfach unpersonalisiert geworben (z. B. durch Beilagen, im Internet, breitenwirksame Werbemittel wie Zeitungsanzeigen, Fernsehwerbung), so dass auch in diesen Fällen zu Beginn des Kundenkontakts, der meist mit Antragstellung beginnt, sogar jegliche personenbezogenen Informationen fehlen.

## 7. Keine delegierten Rechtsakte

Die Richtlinie soll die Europäischen Kommission an zahlreichen Stellen (z. B. Art. 8, 17, 23, 24 und 25 IMD2-E) ermächtigen, sog. delegierte Rechtsakte im Sinne des Art. 290 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu erlassen. Diese delegierten Rechtsakte durchlaufen nicht das herkömmliche Gesetzgebungsverfahren nach Art. 289 Abs. 1 AEUV. Das Europäische Parlament und der Rat sind nur sehr eingeschränkt an der Rechtssetzung beteiligt, weshalb nach Art. 290 Abs. 1 AEUV die wesentlichen Aspekte eines Bereichs dem Gesetzgebungsakt vorbehalten sind und eine Befugnisübertragung insoweit ausgeschlossen ist. Vor diesem Hintergrund stoßen die weitreichenden Kompetenzverlagerungen auf die EU-Kommission auf Bedenken.